



VOSLA GMBH BRAUCHT DIE SOLIDARITÄT DER REGION!

Wie kaum ein zweites Unternehmen im Vogtland, steht die vosla GmbH für die Forderungen LINKER Arbeitspolitik. Neben einem hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad war seit der Neugründung der Firma im Jahr 2012 eine besonders starke Bindung der Mitarbeiter an die Betriebsleitung gegeben. Dazu kamen noch Bemühungen zur Verbesserung der Gesundheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sowie die Übernahme von Auszubildenden der PLAMAG, als denen durch die dortige Insolvenz der Abbruch ihrer Lehre drohte.

Aus diesem Grund betrachtete DIE LINKE im Vogtland bereits die Trennung vom ehemaligen Geschäftsführer Gerhard Liebscher skeptisch. Dass man nun nach den personellen Unruhen ein Insolvenzantrag folgte, bereitet Maik Schwarz, Direktkandidat zur Bundestagswahl, Bauchschmerzen:

„Woher diese plötzlichen Probleme kommen scheint für einen Außenstehenden nur schwer nachvollziehbar. Die vosla hat in den Zeiten der PLAMAG-Insolvenz bewiesen,

dass sie Verantwortung für die Region übernimmt. Ein großer Teil der traditionellen Unternehmen im Vogtland musste in den letzten Jahren schließen. Umso erfreuter waren wir, dass es damals den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gelungen war, das Traditionsunternehmen NARVA in ähnlicher Form fortzuführen.“

Gerade vor dem Hintergrund, dass die vosla ein Unternehmen ist, welches aus der Belegschaft heraus übernommen wurde, fügt die Kreisvorsitzende der Partei und Landtagsabgeordnete Janina Pfau, an: „Die Nachricht hat uns alle schockiert. Trotz fünf Jahren innovativer Weiterentwicklung scheinen die Profite für den Investor nicht ausreichend zu sein. An erster Stelle steht jetzt, die Arbeitsplätze zu sichern. Hier sehen wir auch die kommunale Politik in der Verantwortung. Aus diesem Grund fordern wir den Landrat des Vogtlandkreises, sowie den Oberbürgermeister der Stadt Plauen auf, sich mit allen Kräften für den Erhalt des Unternehmens einzusetzen und sich auf keine falschen Kompromisse, wie beispielsweise bei Neoplan, einzulassen.“

aus dem Inhalt:	Bundesteilhabegesetz - Was bringt es?	S. 2
	Schwestern, hört die Signale!	S. 3
	Erfolge dank Ehrenamt möglich	S. 4
	CETA ist doch noch zu stoppen!!!	S. 7

WIR SIND BEREIT, UNS MIT DEN REICHEN ANZULEGEN

Katja Kipping als Spitzenkandidatin zur Bundestagswahl nominiert

DIE LINKE. Sachsen will mit der Parteivorsitzenden Katja Kipping als Spitzenkandidatin auf der Landesliste in den Bundestagswahlkampf ziehen. Die gemeinsame Beratung von Kreisvorsitzenden, Landesrat und Landesvorstand nominierte sie dafür auf einer Sitzung am 04. Februar in Dresden in geheimer Wahl mit 79,5 Prozent der abgegebenen Stimmen. Von den Abstimmungsberechtigten stimmten 35 für Kipping, fünf mit Nein, vier enthielten sich.

Rico Gebhardt hatte zu der Beratung Katja Kipping als Spitzenkandidatin vorgeschlagen: „Katja ist ja nicht nur seit vielen Jahren Parteivorsitzende, sondern auch immer Sozialpolitikerin. Und sie hat sich sehr oft mit der einen oder anderen Idee für mehr soziale Gerechtigkeit zu Wort gemeldet hat. Da wir als sächsische LINKE mit dem größten Landesverband auch einen großen Beitrag zum Einzug unserer Partei in den Bundestag leisten, möchte ich euch als Landesvorsitzender

Katja als sächsische Spitzenkandidatin für unsere Landesliste vorschlagen.



Es geht darum, den Menschen nicht nur ein inhaltliches, sondern auch ein glaubhaftes personales Angebot zu machen. Es geht darum, jemanden zu nominieren, der unsere Werte glaubhaft vertritt. Katja steht mehr als viele andere für soziale Gerechtigkeit und kämpft seit Jahren an der Spitze unserer Partei und im Bundestag gegen

soziale Ausgrenzung.“

Katja Kipping betonte: „Es gibt in diesem Land ein klares Bedürfnis nach mehr sozialer Gerechtigkeit und einen wirklichen Aufbruch. Man kann sich trefflich darüber streiten, wer am Ende im Kanzleramt sitzen soll, aber es geht um mehr: Wird es einen weiteren Rechtsrutsch in diesem Land geben? Ein Weiterwurschteln? Oder einen wirklichen Aufbruch? Für diesen sozialen Aufbruch stehen wir. Wir stehen für ein Land, in dem niemand Angst haben muss vor dem sozialen Fall. Wir wollen eine Gesellschaft, in der Menschen mit kleineren und mittleren Einkommen entlastet werden. Und wir sind dafür bereit, uns mit den Reichen und Superreichen anzulegen, die endlich ihren gerechten Anteil für gesellschaftliche Solidarität leisten sollen. Nur eine starke LINKE ist die Garantie dafür, dass der Kurs hierzulande wirklich in Richtung soziale Gerechtigkeit, Reichtumsbegrenzung und Frieden geht.“

BUNDESTEILHABEGESETZ - WAS BRINGT ES?

Besuch bei der Elterninitiative für Menschen mit Behinderung

Der Vizepräsident des Sächsischen Landtages, Horst Wehner, und die vogtländische Abgeordnete, Janina Pfau, besuchten die Elterninitiative für Behinderte und ihre Familien Vogtland e.V., in Plauen.

Die Geschäftsführerin Petra Roth stellte den Verein und seine Aufgaben vor und berichtete über die Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Vereins.



Eine große Rolle spielte bei dem Gespräch auch die Auswirkungen des neuen Bundesteilhabegesetz, welches 2016 beschlossen wurde und zum Anfang des Jahres in Kraft trat.

Frau Roth berichtet, dass zur Zeit alle eine Wartehaltung eingenommen haben. Es müssen neue Pflegevereinbarungen mit dem Sozialamt ausgehandelt werden.

Bei dem Besuch erläuterte Frau Roth das vielfältige Angebot des Vereins und dessen Finanzierung.

Mit großem Respekt wurde das sehr umfangreiche Urlaubs- und Freizeitangebot für behinderte Menschen zur Kenntnis genommen.

Mit viel Engagement organisieren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Ver-

anstaltungen wie Fasching, Sommerfest oder Disco. Hierzu kommen behinderte Menschen nicht nur aus Plauen, sondern aus dem ganzen Vogtlandkreis und genießen die gemeinsame Zeit.

Frau Roth erwähnte noch ein anderes Problem, das ihr unter den Nägeln brennt.

Der Fachkräftemangel in der Pflege ist stark bemerkbar. In Anbetracht, dass sich in ein paar Jahren mehrere der Angestellten in den verdienten Ruhestand begeben, gestaltet sich die Suche nach geeignetem Fachpersonal zunehmend schwieriger. Hier muss die Politik handeln. Unsere Landtagsfraktion hat sich aber schon lange dem Thema angenommen.

Elke Jacob



ORTSVORSTAND IN PLAUEN GEWÄHLT

Am 11.02.2017 trafen sich die Genossinnen des Ortsverbandes Plauen um den Stadtvorstand für die nächsten zwei Jahre neu zu wählen. Nachdem im Vorjahr die Gebietsstrukturen im Kreisverband neu geregelt wurden (Pausa und Weischlitz zum OV Plauen; Pöhl vom OV Plauen an den OV Treuen-Lengenfeld), war es notwendig geworden, dieser neuen Struktur Rechnung zu tragen.

Im Zuge dessen wurde die Größe des Stadtvorstands von 5 auf 7 Mitgliedern erhöht. Nötig wurde dies auf zwei Gründen. Zum einen hat sich das Gebiet stark vergrößert und zum anderen sollten die vorhandenen Aufgaben, gerade im Hinblick auf die Bundestagswahl, auf mehr aktive Schultern verteilt werden als bisher.

In den neuen Stadtvorstand wurden gewählt bzw. wiedergewählt: Petra Rank als Vorsitzende, sowie Agnes Descher und Maik Schwarz als ihre Vertreter. Die weiteren Vorstandsmitglieder sind Anita Seifert (Pausa) und Alice Schubert, sowie Kai Grünler und Freddy Rilke (alle Plauen). Gerade die weiteren Vorstandsmitglieder zeigen deutlich, dass sowohl die neuen Ge-

biete im OV angekommen sind, aber auch, dass neue Mitglieder in der Partei Verantwortung übernehmen.

Zwischen den Wahlgängen wurde dann auch immer wieder über Sachthemen gesprochen.

So wurde kurz das Phänomen Martin Schulz angeschnitten und die Frage in den Raum gestellt, weshalb die Bürger der SPD mit dem gleichen Inhalt, aber mit einem neuen Gesicht gerade jetzt die soziale Gerechtigkeit glauben. Die weitaus lebhaftere Debatte lief jedoch zur Zukunft des Vogtlandboten ab. Mit Blick auf die kommende Kreismitgliederversammlung am 11.03.2017, bei der abschließend über die Zukunft des Vobo gesprochen werden soll, sollten wir alle nochmal in uns gehen und prüfen welche Variante wir diesbezüglich bevorzugen und was wir bereit wären dafür zu tun.

Wir sollten am 11.März auf jeden Fall Zeit mitbringen.

Maik Schwarz



SCHWESTERN, HÖRT DIE SIGNALE!

Der Internationale Frauentag ist auf der ganzen Welt ein wichtiger Kampftag. DIE LINKE stellt am Frauentag 2017 den Protest gegen die unhaltbaren Zustände in den Kliniken in den Mittelpunkt. Denn die Pflege ist weiblich: 85 Prozent der Beschäftigten in der Krankenhauspflege sind Frauen. Viel zu wenige Pflegekräfte müssen viel zu viele Patientinnen und Patienten versorgen. Das müssen wir schnellstens ändern! Im Rahmen ihrer Kampagne „Das muss drin sein“ fordert DIE LINKE die Einstellung von 100.000 zusätzlichen Pflegekräften und unterstützt die derzeit laufenden Arbeitskämpfe der Gewerkschaft ver.di für die Entlastung der Beschäftigten in den Kliniken.

Verschiedene Ortsverbände unseres Kreisverbandes werden aus Anlass des Internationalen Frauentags am 8. März rote Nelken mit der Bannrolle „Macht jeden Tag zum Frauentag – Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ verteilen.



Für eure Artikel!

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe
15. März 2017

Sendet uns eure Beiträge an:

redaktion@dielinke-vogtland.de



KUNDEN SOLLEN DIE ZECHE ZAHLEN

Sparkasse Vogtland schafft kostenlose Kontomodelle ab, erhöht Gebühren und erhebt „Strafzins“

Als 2015 die Sparkasse verkündete, dass sie einige Filialen schließen würde, um die niedrigen Zinsen ausgleichen zu können, waren viele Kundinnen und Kunden verärgert. Sind doch viele Vogtländerinnen und Vogtländer gerade wegen der guten Erreichbarkeit Kunden der Sparkasse. Diese „Filialen-Diät“ die unter anderem den sogenannten Zasterlaster hervorgebracht hat, war dann aber doch nur, die halbe Rechnung. 2017 schafft die Sparkasse nun ihre kostenlosen Kontomodelle ab, erhöht die Gebühren für alle Kontomodelle und erhebt zudem noch einen „Strafzins“ auf „zu hohe“ Vermögensbestände.

Die neuen Kontomodelle und die rigore Umstellung der Sparkasse Vogtland verärgert Landtagsabgeordnete und Kreisvorsitzende der LINKEN im Vogtland, Janina Pfau:

„Es zeugt nicht gerade von unternehmerischer Weitsicht oder zumindest ist es intransparent, wenn man innerhalb kürzester Zeit erst das Filialnetz verkleinert und dann noch seine Kontomodelle umstellt. Kunden, die seit Jahren mit Vertrauen ihr Geld bei der Sparkasse Vogtland anlegen, sollte eigentlich ebensolches Vertrauen entgegengebracht werden, und man hätte gleich die ganze Rechnung: Filialschließung, Kontogebühren und Strafzins, präsentieren können. Als LINKE kritisieren wir schon lange, dass die Sparkasse Vogtland im Vergleich sehr hohe Zinsen für Dispo- und Überziehungskredite verlange. DIE LINKE fordert hier eine gesetzliche Obergrenze, von höchstens fünf Prozentpunkten über dem Zentralbankzins. Dazu kommen jetzt noch hohe monatliche Gebühren für das Girokonto und auch die kleinen Beträge bei manchen Kontomo-

dellen für die Abhebung von Geld oder eine belegte Überweisung, müssen beachtet werden. Für viele, besonders ältere Bürgerinnen und Bürger kommt ein Onlinekonto nicht in Frage, da das Filialnetz anderer Geldinstitute aber eher gering gesät ist, bleibt nur die Sparkasse. Bei allem Jammern sollten die Verantwortlichen bei der Sparkasse Vogtland aber nicht vergessen, dass es Aufgabe der Sparkassen ist, die breiten Bevölkerungsschichten und die kleinen und mittleren Unternehmen zu versorgen, sei es durch den normalen Zahlungsverkehr, Möglichkeiten zur Geldanlage aber auch die Kreditbedürfnisse zu befriedigen. Aber anscheinend ist das Gewinnstreben tiefer verankert, als der ursprüngliche gesellschaftliche Auftrag.“

ERFOLGE DANK EHRENAMT MÖGLICH

10. Vogtlandspiele in den Wintersportarten

Bei den diesjährigen Vogtlandspielen in den Wintersportarten nahmen über 1000 Kinder und Jugendliche an den zahlreichen Wettbewerben in 12 Sportarten teil.

Den Auftakt machten die Förderschulen und die Behinderteneinrichtungen mit ihren Wettkämpfen, gefolgt von den Vielseitigkeitswettbewerben der Kindergärten und Grundschulen. Aber auch in den traditionellen Sportarten wie Skispringen, Langlauf, Biathlon oder Eiskunstlauf wurde um die heißbegehrten Medaillen gekämpft. Die gute Organisation und die hohe Beteiligung machte wieder einmal deutlich wie wichtig es ist, den Breiten- und Spitzensport in unserer Region zu fördern. Aber auch das ehrenamtliche Engagement der vielen Helfer und Übungsleiter im Sport, ohne die solche Erfolge gar nicht möglich wären, brauchen die Anerkennung und Unterstützung in der Öffentlichkeit und durch die Politik.

Petra Rank



Für DIE LINKE ist die Unterstützung des Breitensports eine Selbstverständlichkeit. Aus diesem Grund ist es für unseren Kreisvorstand eine besondere Ehre, die Siegerehrungen in einzelnen Wettbewerben übernehmen zu können.

Neben Petra Rank (Vielseitigkeit - Ski Alpin) ehrten auch unser Bundestagskandidat Maik Schwarz (Ski Alpin / Snowboard) sowie unsere Landtagsabgeordnete Janina Pfau (Spezialsprunglauf / Mini-Skifliegen / Nordische Kombination) die Athleten.

WEG VON ANGSTDEBATTEN, HIN ZU REALEN PROBLEMEN

Ein kritischer Einwand zur Bundestagswahlstrategie der LINKEN

Richtig wird in der Wahlstrategie festgestellt: "Seit Monaten dominieren in der öffentlichen Debatte die Themen Terrorbedrohung, innere Sicherheit, Europa, Flüchtlingspolitik, Türkei, Kriege und internationale Krisen... Es ist eine große Herausforderung der LINKEN, dass aus Abstiegsangst, sozialen Sorgen und Frust keine rechte, nationalistische und rassistische Ideologie übernommen wird."

Als Weg wird genannt: "Entscheidend ist, dass sich der gesellschaftliche Diskurs verschiebt: weg von den Angstdebatten, weg von den Erzählungen, die das Spiel der Rechten betreiben, hin zu den realen Problemen der Menschen - Arbeit, Rente, Armut, Gesundheit, Miete, kurz: soziale Unsicherheit - und den Zukunftsfragen der Gesellschaft."

- Alle Aufgaben zur Durchsetzung sozialer Gerechtigkeit sind unverzichtbar, sie sind meiner Überzeugung nach aber keine ausreichende Reaktion auf die derzeitige gesellschaftliche Situation:
- Auch die Probleme der inneren Sicherheit und die Sorgen vieler Menschen darum sind reale Probleme!
- Wenn nicht wir diese Probleme benennen und versuchen, sie in ihren Zusammenhängen zu erläutern und Gegenstrategien aufzubauen, suchen unsere Bürger Antworten bei anderen und lassen sich zu Fremdenfeindlichkeit und Rassismus verführen!

Damit im Zusammenhang steht die Frage, wie viel Flüchtlinge und Einwanderer Deutschland aufnehmen kann. In der Wahlstrategie heißt es dazu: "DIE LINKE lehnt Abschiebungen ab." Diese Festlegung ist in ihrer Absolutheit unrealistisch.

Richtig ist:

- Alle Geflüchtete müssen wir willkommen heißen, menschenwürdig unterbringen und ihnen ein rasches, faires und internationales Recht entsprechendes Aufnahmeverfahren sichern, für berechtigte Asyl-

suchende gibt es dabei keine Obergrenze.

- Wir könnten bei verantwortungsbewusster Vorbereitung und Organisation und größerer Akzeptanz in unserer Bevölkerung weitaus mehr Geflüchtete dauerhaft aufnehmen und den Nachzug ihrer Familien zulassen.
- Wichtig ist deshalb, weitaus stärker als das bisher geschieht, unserer Bevölkerung
 - geltendes nationales und internationales Menschenrecht bewusst zu machen und
 - Massenflucht als Folge von Globalisierung der Wirtschaft (Wirtschaftskriege inbegriffen) zu verdeutlichen und dabei zu zeigen, dass wir Bürger der reichen Industriestaaten sehr wohl Nutznießer der Globalisierung sind.

- Wir müssen erklären, dass Diskriminierung und Ausgrenzung Betroffene verführbar für Islamismus und Terrorismus machen. Nicht selten werden Migranten erst in der zweiten oder einer späteren Generation zu Terroristen.

- Wir müssen weitaus mehr tun, um Fluchtursachen zu bekämpfen.
- Abschiebungen sind nur in tatsächlich sichere Länder oder Landesgebiete zulässig, Betroffenen ist eine ausreichende materielle Unterstützung zum Aufbau einer Existenz im Heimatland zu gewähren.

Immigranten können uns Vorteile und Bereicherungen bringen, wir müssen aber auch Probleme und Schwierigkeiten nennen, die mit Aufnahme und Integration verbunden sind. Probleme erwachsen z.B. daraus, dass Geflüchtete

- aus anderen Kulturkreisen kommen, andere Wertvorstellungen und Gewohnheiten haben,

ten haben,

- sich Illusionen auf Grund falscher Versprechungen machen. z.B.: jeder erhält ein Haus und Arbeit oder Sozialhilfe, die Familie kann nachziehen;
- manche glauben, in eigenen Stadtvierteln wohnen zu können (wie Chinatown, türkische Stadtviertel) ohne sich integrieren zu müssen,
- mit den Flüchtlingen reisen natürlich auch "Rächer" ein und Leute, die sich kriminalisieren lassen.

Unser Unterschied zu AfD, Pegida und Co. muss unser Wille sein, uns diesen Schwierigkeiten zu stellen, aus politischer Verantwortung, internationaler Solidarität und Menschlichkeit!

Dr. Dorothea Wolff



WO BLEIBT DER GROBE AUFSCHREI?

Rüstungsausgaben für welche „Verteidigung“?

Jährlich! zwei Prozent plus des BIP sind das Ziel der gegenwärtigen deutschen Politik! Das wären statt der geplanten 36 Milliarden dann 61 Milliarden Staatsausgaben! Wofür? – na, für den „Verteidigungs“-Haushalt! Vor wem will uns aber unsere jetzige Regierung verteidigen? Will sie uns vor den amerikanischen Atombomben oder den Drohneneinsatzzentralen auf deutschem Boden verteidigen/schützen? In wie vielen Ländern der Welt stehen und sterben wieder deutsche Soldaten? Wessen Interessen verteidigen sie dort?

Und nun provozieren sie auch noch direkt an der russischen Grenze!

Nichts gelernt aus der Geschichte?!

Und wie reagiert die große Masse des Volkes der Dichter und Denker? Wie reagierst du, lieber Leser?

Wer hat diesen „Verteidigungs“-haushalt beschlossen? Liebe Anhänger der sich ob eines vermeintlichen „Erlösers“ feiernden SPD – habt endlich Mut für eine wirkliche Politikänderung! Nicht Wahlkampfversprechungen helfen, sondern echte Friedenspolitik! Auch dich, liebes Gewerkschaftsmitglied rufen wir auf – den Erhalt der Arbeitsplätze auch in der jetzigen Rüstungsindustrie an Bedingungen zu knüpfen, die der Menschheit wirklichen Nutzen – nämlich Frieden und eine sichere Zukunft mit einer intakten Umwelt bringen.

Wie lange noch sollen Menschen durch deutsche Waffen sterben?

Nach einem Anstieg des Geschäftes mit Rüstungsgütern um 8,4% von 2012-2016 (im Vergleich zum vorherigen 5-Jahres-Zeitraum) wurde das größte Vo-

lumen seit Ende des „kalten“ Krieges erreicht. Die Käufer sitzen vor allem in Asien und dem Mittleren Osten (laut www.sipri.org). Bekanntlich gehört Deutschland zu den größten Waffenexporteuren. Auch dafür hat der vor-malige Wirtschafts- und heutige Außen-Minister Gabriel Ziele und Versprechungen der SPD gebrochen. Merke: Ankündigung und Umsetzung sind zwei verschiedene Dinge, meinen

Renate und Peter Jattke



Web-Tipp: www.sipri.org

CETA IST DOCH NOCH ZU STOPPEN!!!

Der 15. Februar war kein guter Tag! Erst hat der Bayerische Verfassungsgerichtshof das Volksbegehren gegen CETA nicht zugelassen. Dann hat das EU-Parlament CETA zugestimmt. Die vorläufige Anwendung von CETA beginnt nun am 1. März 2017.

Gibt es jetzt noch eine realistische Chance, CETA zu verhindern? Wir meinen: Ja!

Jetzt müssen noch 38 Parlamente in den Mitgliedstaaten zustimmen. Wenn nur eine Kammer CETA ablehnt, kann das Abkommen nicht in Kraft treten. Hinzu kommt die anstehende Prüfung vor dem Bundesverfassungsgericht.

Chance 1: Das Bundesverfassungsgericht

Das Hauptsacheverfahren gegen CETA kann erst nach Zustimmung von Bundestag und Bundesrat eingeleitet werden. Das Gericht hat schon bei der Verhandlung über die vorläufige Anwendung erkennen lassen, dass unsere Argumente stichhaltig sind. Zudem wird noch eine Verfassungsbeschwerde in Frankreich vorbereitet.

Chance 2: Belgien / Wallonie

Belgien hat seine Zustimmung im Herbst auf Druck der Wallonie an eine Reihe von Bedingungen geknüpft. Der EuGH wird von Belgien angerufen, ob die Schiedsgerichte mit Europarecht vereinbar seien. Die härteste Auflage ist: Solange die Schiedsgerichte in CETA enthalten sind, wird die Wallonie nicht zustimmen.

Chance 3: Österreich

In Österreich wurden bei einem Volksbegehren gegen CETA 560.000 Unterschriften gesammelt. Die notwendige Hürde liegt bei 100.000 Unterschriften. Leider kommt es nicht automatisch zum Volksentscheid, sondern das Parlament muss einer Abstimmung durch die Bürger zustimmen. Das Volksbegehren wurde von einer seltenen Allianz von SPÖ, Grünen sowie der FPÖ getragen. Der Handelsriese Spar (ähnlich wie Aldi oder Lidl bei uns) rief auf jedem Kassenbeleg gegen CETA auf. Der Druck auf Parlament und Regierung ist immens!

Chance 4: Niederlande-Referendum

In den Niederlanden kann eine Volks-

abstimmung gegen CETA erzwungen werden, wenn 300.000 Menschen gegen das Ratifizierungsgesetz unterschreiben. Das ist eine der besten Chancen, CETA zu kippen. Es gibt auch noch die Möglichkeit, dass in Dänemark, Slowenien oder Irland ein Referendum über CETA stattfindet.

Chance 5: Deutschland

Bundestag und Bundesrat müssen CETA zustimmen. Im Bundesrat braucht es dafür 35 JA-Stimmen von den insgesamt 69 Stimmen. Die große Koalition hat derzeit nur 19 Stimmen. Aktuell sind in allen anderen Bundesländern Grüne oder Linke an der Landesregierung beteiligt. Wenn sie standhaft bleiben, muss sich das Bundesland enthalten und es fehlen die notwendigen JA-Stimmen. Mit Volksinitiativen in Schleswig-Holstein und NRW kämpfen wir dafür, dass das so bleibt! Trotz der Entscheidung des EU-Parlaments, trotz der Entscheidung in Bayern: wir haben es weiterhin in der Hand, CETA zu stoppen.

Peter Jattke

(aus Newsletter Mehr Demokratie e.V.)

"GROßES WARD VOLLBRACHT..."

zur Bundespräsidentenwahl und dem scheidenden Präsidenten Joachim Gauck

...oder glücklicherweise überstanden, wird manch einer gleich aufatmend konstatieren: Das große Spektakel der zur besten Sonntagsendezeit (hätte es doch ein Märchenfilm - selbst eine der üblichen Koch- und Fress-Sendungen wohl eher getan...)

Nun hat er sich wohl glücklicherweise verzogen, der Mief der Selbstbekehrung. Die Wahlmänner und -frauen können sich wieder - so vorhanden - wichtigeren Themen zuwenden. Zumal zumindest die stimmberechtigte Prominenz, sonst wohl eher mehr oder weniger erfolgreich auf Bühne, Leinwand oder Bildschirm präsent, die sich solch eine Chance der Selbstdarstellung nicht entgehen ließ. (Dies selbst in Ermangelung des erhofften "Roten Teppichs")

Und überhaupt: Welcher Wahl eigentlich? Ist damit diese jämmerliche Farce gemeint, wo der Kandidat doch längst auf Grund der "Mehrheitsverhältnisse" in dieser eigenartigen "Versammlung" vorbestimmt war?

Warum eigentlich läßt man nicht die wählen, für die er doch da sein soll? Das "einfache Volk" meine ich damit. Ob die Millionen, die eben ihm, dem Architekten der Hartz IV Gesetze ihre Armut zu verdanken haben, genau ihn gewählt hätten - wohl eher den Kandidaten der LINKEN, den Armutsforscher Prof. Butterwegge, denke ich mal, war es eben nicht erwünscht. Hatte er doch die Ursachen der Armut längst nachgewiesen. Man bleibt besser unter sich, Demokratie nach "Hausmacherart" halt.

Nun gut, hat dieser Posten doch ohnehin nur noch als "Gruß August" eher die Funktion einer üppigen Altersversorgung und als "demokratisches Feigenblatt" für "Nichtnutzigkeit". Sei's drum. Haben wir den alten "Gruß-August" nunmehr durch einen etwas jüngeren ausgetauscht.

Als damals der Wulff gehen musste - von Kanzlerin Merkel auf diesen Posten als Konkurrent "weggelobt" (wie jetzt Steinmeier) hatte ich bereits die Ah-

nung: Ob da was besseres nachkommt ... kam nicht. Im Gegenteil: Da kam - er - der "hochgejubelte Meister des nichtssagenden Wortes" - oder, wenn schon einmal deutlich: die Forderung nach mehr deutschen - vor allem militärischen Einfluss in der kriegsgeschüttelten Welt, bei bereits Kampf- bzw. Kriegseinsätzen in bereits 18 Ländern der Welt beteiligt. Hätte sich wohl als Feldprediger besser geeignet.

Was den Menschen Gauck und die "Wahrheit hinter der Wahrheit" betrifft: Die Erinnerung an den selbst - und dann so genannten "Freiheitskämpfer" betrifft, der er nie war: im Gegenteil. Zur Wende gerade noch so auf den fahrenden Zug aufgesprungen, und (wie auch seine Kanzlerin) mal soeben noch das Bremserhäuschen erwischt. Zuvor als Pfarrer in Rostock zum eigenen und dem Vorteil der Familie bestens erfolgreich mit der Stasi "gekungelt", sich solcherart seine Vorteile (Westbesuche, Waren bis hin

"Des echten Mannes wahre Feier ist die Tat" (Goethe)

zu Kfz) erkaufte, mit Lobes - und Dankschreiben von eben dieser Behörde bedacht, wie die Akten beweisen - und von ihm nie dementiert (siehe "Der Fall Gauck" von Sven Dörlach). Dass ausgerechnet er dann zum eifrigsten "Stasi - Jäger" aufstieg, der "Rächer" - jener Behörde vorstand, die nicht nur seinen Namen trug, sondern auch für so viel Unrecht zuständig war. Durfte er doch gar - entgegen allen Vorschriften - seine eigene Akte allein im separaten Raum einsehen. Ob wohl später noch alles drin war?

Soweit zum politischen Moralprediger. Was den privaten betrifft: Hatte er seiner jungen "Lebensgefährtin" vor der ersten Wahl (die ein "Durchfall" war - hatte die Kanzlerin doch ihren Konkurrenten Wulff besser auf das unnütze Amt abgeschoben) versprochen, sie bei Erfolg zu heiraten. Was er sich sol-

cherart ersparte - hätte sich natürlich erst einmal scheiden lassen müssen, was er - wie zu lesen war - aus steuerlichen Gründen tunlichst vermied und bis heute nicht nachholte.

Statt dessen zog er mit seiner jungen Lebensgefährtin über all die Jahre als Selbstdarsteller und deutsches Staatsoberhaupt durch Länder und Kontinente. Lieblings - Fotomodell der Boulevardpresse. Nunmehr also können sie unbeschwert weiterreisen - auf Kosten der Steuerzahler natürlich. Mit Dienstfahrzeug samt Fahrer, Büro und Sekretärin noch dazu bis Ende seiner Tage bestens versorgt.

Unsere höchste moralische Instanz.

Und so habe ich volles Verständnis aller, die sich an den "Standing Ovations" bewusst nicht beteiligt haben. Hätte ich auch nicht. War diese doch so eine jämmerliche Farce wie die gesamte "Darbietung". Mit dem vielen versendeten Geld hätte man - anstelle der über 1000 angereisten "Akteure" - das Vielfache an Bedürftigen zumindest mit einer kargen warmen Mahlzeit beglücken können - Sehr geehrter Herr Steinmeier - Opfer ihrer Hartz-IV-Politik von damals, für die Sie sich heute noch feiern lassen. Seien Sie denn mal froh, dass ausgerechnet diese - wie viele andere auch - bei Ihrer Wahl außen vor bleiben mussten.

Obgleich: Was brauchen wir überhaupt noch so einen "Gruß-August" ohne jeden politischen Einfluss? Geht es scheinbar nur noch um eine garantierte Altersvorsorge - und so eine Art "Deckmäntelchen der Demokratie".

Aber wie wusste schon Alf Scorell, der Satiriker, zum Thema zu sagen: "...wenn manchen alles - allen aber nur manches erlaubt ist."

Jürgen Böhm



WAS TUN GEGEN RECHTS!

Deutschland rückt nicht nur an der Wahlurne nach rechts und Sachsen scheint vorweg zu gehen: Freital, Heidenau, Bautzen – immer wieder kommt es gerade in Sachsen zu rechten Ausschreitungen. Dabei bleiben auch Abgeordnetenbüros nicht verschont.

Mehr als 26 Mal wurde das Büro der LINKEN Bundestagsabgeordneten Caren Lay, stellvertretende Partei- und Fraktionsvorsitzende im Bundestag, in den letzten fünf Jahren attackiert. Doch stimmt es, dass Sachsen besonders rechts ist? Und wenn ja, was sind die Gründe dafür? Wie gehen wir mit organisierten Nazis und wie mit den Rechtspopulisten der AfD um? Und warum stehen Polizei und Justiz immer wieder in der Kritik? Vor allem aber: wie und mit wem zusammen kann DIE LINKE ihrem antifaschistischen Anspruch gerecht werden?

Die Diskussionsrunde findet am 13. März ab 18 Uhr in der Jugendherberge „Alte Feuerwache“ (Neundorfer Straße 3) in Plauen statt. Moderiert wird sie von Maik Schwarz.

Katrin Pritscha

KREISPARTEITAG

Unser nächster Kreisparteitag findet am 11. März 2017 ab 10:00 Uhr im Landgasthof "Waldeck" in Treuen statt.

Wer eine Mitfahrgelegenheit benötigt, oder anbieten kann, kann sich in der Kreisgeschäftsstelle melden.

INTERESSANT ?!

Der Finanzierungsüberschuss des Staates betrug 2016 nach Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes 23,7 Milliarden Euro. Das ist absolut gesehen der höchste Überschuss, den der Staat seit der Wende erzielte.

Der Finanzierungsüberschuss ergibt sich aus der Differenz der Einnahmen und der Ausgaben des Staates. Bei allen staatlichen Ebenen waren die Einnahmen höher als die Ausgaben. Den höchsten Überschuss im Jahr 2016 realisierte dabei die Sozialversicherung mit 8,2 Milliarden Euro. Mit geringem Abstand folgt der Bund, der das Jahr 2016 mit einem positiven Saldo von 7,7 Milliarden Euro abschließen konnte, nach einem Überschuss von 10,0 Milliarden Euro im Vorjahr. Auch die Länder erzielten im Jahr 2016 einen Überschuss von 4,7 Milliarden Euro. Die Gemeinden erwirtschafteten 2016 einen Finanzierungsüberschuss von 3,1 Milliarden Euro, etwas weniger als im Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt

BÜRGERSPRECHSTUNDE

Für das direkte Gespräch steht unsere Landtagsabgeordnete, Janina Pfau, am

Donnerstag, dem 23.03.2017 von 14:00 bis 16:00 Uhr in ihrem Bürger*innenbüro (Markt 3 Oelsnitz) zur Verfügung.

Weitere Termine sind nach Vereinbarung in Oelsnitz, Auerbach, Plauen und Reichenbach möglich.

WIR GRATULIEREN

allen Leserinnen und Lesern, die ihren Geburtstag feiern können. Besondere Grüße gehen an die Jubilare mit einem „Runden“ und jene, die über 80 Jahre jung werden:

A. Petzold	Lengenfeld	16.03.
I. Schröter	Plauen	16.03.
P. Kallaucke	Treuen	20.03.
S. Müller	Rodewisch	20.03.
R. Stephan	Plauen	20.03.
P. Riedl	Auerbach/V.	23.03.
K. Schatz	Plauen	25.03.
A. Graf	Auerbach/V.	29.03.
S. Weigel	Zwota	31.03.
C. Woscidlo	Plauen	06.04.
M. Dittmann	Falkenstein/V.	07.04.
W. Böttger	Plauen	13.04.
G. Wagner	Plauen	13.04.

Wir wünschen Glück, Gesundheit und viel Kraft für das neue Lebensjahr.

Der Vogtlandbote

Impressum - Der Vogtlandbote

Herausgegeben vom Kreisverband Vogtland der Partei DIE LINKE, erscheint monatlich im Selbstverlag. Vertrieb über die Gruppen der Partei DIE LINKE des Vogtlandes. Postzustellung kann erfolgen gegen einen Unkostenbeitrag und Erstattung der Portokosten (gesamt 2,50 Euro). Bankverbindung: IBAN: DE58 870580 00 3552 002390, Kontoinhaber: DIE LINKE Vogtland, Verwendungszweck: Spende Vogtlandbote. Anschrift: Vogtlandbote c/o DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen; Tel.: 03741/201695, E-Mail: redaktion@dielinke-vogtland.de. Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 15.02.2017, Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 15.03.2017. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften sinnwährend zu kürzen. Bildquellen direkt am Bild oder eigene. Nachdruck mit Quellenangabe ist erwünscht – Belegexemplar wird erbeten. V.i.S.d.P.: Jan Windisch c/o DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen.